

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage .....	V
Vorwort zur 1. Auflage .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XLV
Chronologisches Verzeichnis der Judikatur des EuGH zum europäischen Zivilverfahrensrecht .....	XLIX
<b>1. Kapitel Primärrechtliche Grundlagen .....</b>	<b>1</b>
I. Frühe Entwicklung .....	1
II. Der Vertrag von Amsterdam .....	4
III. Der Vertrag von Nizza .....	6
IV. Der Vertrag von Lissabon .....	7
V. Die Grundrechte-Charta .....	10
<b>2. Kapitel Europäisches Sekundärrecht .....</b>	<b>13</b>
I. Überblick .....	14
II. Rechtsquellen .....	16
A. Hauptrechtsquellen .....	16
B. Weitere Rechtsquellen .....	18
1. Die Richtlinie betreffend Unterlassungsklagen .....	18
2. Die Entscheidung über das Justizielle Netz .....	19
3. Die Prozesskostenhilfe-Richtlinie .....	19
4. Die Durchsetzungs-Richtlinie .....	20
5. Die ADR-Richtlinie .....	21
6. Die Online-Streitbeilegungsverordnung .....	21
7. Die Kartellschadenersatz-Richtlinie .....	21
8. Die Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen .....	22
9. Die Verordnung über Anforderungen an öffentliche Urkunden .....	23
10. Die Richtlinie über Verbandsklagen .....	24
11. E-CODEX .....	29
C. Geplante Rechtsquellen .....	30
1. Politische Programme .....	30
2. Pläne und Perspektiven .....	35
D. Exkurs „Europäisches Völkerrecht“ .....	40
1. Allgemeines .....	40
2. Die Übereinkommen von Lugano .....	42
a) Das Übereinkommen von 1988 .....	43
b) Der Beitritt Österreichs .....	44
c) Das Übereinkommen von 2007 .....	44
d) Auslegung .....	46
3. Die Haager Übereinkommen .....	48
a) Allgemeines .....	48
b) Das Haager Kinderschutzübereinkommen .....	50
c) Das Haager Unterhaltsübereinkommen und das Haager Unterhaltsprotokoll .....	50
Mayr (Hrsg), Europäisches Zivilverfahrensrecht <sup>2</sup> .....	XI

d) Das Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	51
e) Das (Haager) Vollstreckungsübereinkommen . . . . .	53
III. Der zeitliche Anwendungsbereich . . . . .	54
IV. Der geografische Geltungsbereich . . . . .	55
A. Allgemeines . . . . .	56
B. Einzelheiten . . . . .	57
C. Irland (und Vereinigtes Königreich) . . . . .	59
D. Dänemark . . . . .	60
E. Vereinigtes Königreich . . . . .	60
V. Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	61
VI. Das Verhältnis zu anderen Rechtsakten . . . . .	64
VII. Die Auslegung des Europäischen Zivilverfahrensrechts . . . . .	65
A. Allgemeines . . . . .	65
B. Besonderheiten . . . . .	66
C. Das Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	68
1. Allgemeines . . . . .	69
2. Voraussetzungen und Verfahrensablauf . . . . .	71
3. Besondere Verfahren . . . . .	78
4. Entscheidung des EuGH . . . . .	80
<b>3. Kapitel Die Brüssel Ia-Verordnung . . . . .</b>	<b>83</b>
I. Entwicklung . . . . .	90
A. Das Brüsseler Übereinkommen . . . . .	90
B. Die Brüssel I-Verordnung . . . . .	92
C. Die Brüssel Ia-Verordnung . . . . .	94
II. Aufbau und Inhalt . . . . .	97
III. Bedeutung . . . . .	98
IV. Der zeitliche Anwendungsbereich . . . . .	99
V. Der geografische Anwendungsbereich . . . . .	103
VI. Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich . . . . .	104
A. Allgemeines . . . . .	104
B. Relevante Anknüpfungspunkte . . . . .	105
1. Wohnsitz bzw Sitz . . . . .	105
2. Weitere Anknüpfungspunkte . . . . .	106
C. Grenzüberschreitender Bezug . . . . .	107
VII. Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	111
A. Allgemeines . . . . .	112
B. Definition der Zivil- und Handelssachen . . . . .	113
C. Maßgebliches Anknüpfungskriterium für die Qualifikation einer Rechtssache als Zivil- bzw Handelssache . . . . .	116
1. Allgemeines . . . . .	116
2. Bestimmung des Anwendungsbereiches bei Geltendmachung mehrerer Ansprüche bzw bei Anspruchskonkurrenz . . . . .	117
3. Bestimmung des Anwendungsbereiches nach materiellrechtlichen Kriterien . . . . .	118
4. Keine Änderung der Qualifikation durch Gläubigerwechsel . . . . .	119
D. Abgrenzung zu öffentlich-rechtlichen Rechtssachen . . . . .	119
1. Allgemeines . . . . .	119
2. Beispiele . . . . .	121
E. Ausgenommene Rechtsgebiete . . . . .	123
1. Allgemeines . . . . .	123
2. Die Ausnahme nach lit a: Personenstand etc . . . . .	124
a) Personenstand, die Rechts- und Handlungsfähigkeit sowie die gesetzliche Vertretung von natürlichen Personen . . . . .	124

b) Ehe- und Partnergüterstände .....	125
3. Die Ausnahme nach lit b: Konkurse etc .....	126
a) Allgemeines .....	128
b) Insolvenzrechtliche Gesamtverfahren .....	128
aa) Allgemeines .....	128
bb) Ausnahmen vom Anwendungsbereich der EuInsVO 2015 .....	130
c) Zum Ausschluss insolvenzbezogener Einzelverfahren vom Anwendungsbereich der EuGVVO 2012 .....	130
4. Die Ausnahme nach lit c: Soziale Sicherheit .....	134
5. Die Ausnahme nach lit d: Schiedsgerichtsbarkeit .....	135
6. Die Ausnahme nach lit e: Unterhaltspflichten etc .....	138
a) Allgemeines .....	139
b) Begriff der Unterhaltspflichten .....	139
c) Begriffe Familien-, Verwandtschafts- oder eherechtliches Verhältnis sowie Schwägerschaft .....	140
d) Rechtsgrund der Unterhaltspflicht .....	141
e) Vom Anwendungsbereich der EuGVVO 2012 ausgeschlossene und vom Anwendungsbereich der EuUVO erfasste Verfahren bzw Entscheidungen .....	141
7. Die Ausnahme nach lit f: Testaments- und Erbrecht etc .....	142
VIII. Das Verhältnis zu anderen Rechtsakten .....	144
A. Allgemeines .....	145
B. Das Verhältnis zu EuGVÜ und EuGVVO 2000 .....	145
C. Das Verhältnis zu den Übereinkommen von Lugano .....	146
D. Das Verhältnis zum besonderen Gemeinschafts- bzw Unionsrecht .....	146
E. Das Verhältnis zu bilateralen Verträgen .....	148
F. Das Verhältnis zu Spezialübereinkommen .....	149
IX. Die Zuständigkeitsordnung .....	151
A. Allgemeines .....	151
B. Neues Kompetenzsystem der EuGVVO 2012 .....	154
C. Wechselwirkung zwischen Zuständigkeit und anwendbarem Recht – forum shopping .....	155
D. Begriffsbestimmungen .....	158
E. Brexit, angelsächsische Rechtsfiguren und das europäische Prozessrecht .....	159
1. Brexit .....	159
2. Anti-suit injunctions .....	160
3. Forum non conveniens .....	161
F. Allgemeiner Gerichtsstand am Wohnsitz/Sitz des Beklagten .....	162
1. Allgemeines .....	162
a) Die Grundregel .....	162
b) Einteilung und Wertigkeit der Zuständigkeiten .....	165
c) Änderung der Voraussetzungen während des Verfahrens .....	166
2. Anknüpfungspunkte Wohnsitz und Sitz .....	168
a) Natürliche Personen: Wohnsitz .....	168
b) Juristische Personen: Sitz .....	169
c) Drittstaatenbezug .....	171
G. Der Gerichtsstand des Erfüllungsortes (Art 7 Nr 1) .....	172
1. Allgemeines .....	176
2. Entwicklung unter dem EuGVÜ .....	178
3. Zur Entwicklung der Judikatur seit dem Inkrafttreten der EuGVVO 2000 .....	180
4. Die Leitentscheidung <i>Car Trim</i> .....	181
5. Das Konzept des Erfüllungsorts .....	182
6. Anwendungsbereich .....	184
7. Der Begriff des vertraglichen Anspruchs .....	187

a) Allgemeines	187
b) Zur Abgrenzung von deliktischen Ansprüchen	191
c) Prozessuales	194
d) Besondere Fragen	194
aa) Zession	194
bb) Culpa in Contrahendo	195
cc) Bestand des Vertrages ist selbst Prozessgegenstand	196
dd) Gewinnzusagen	196
8. Vereinbarung des Erfüllungsortes	198
9. Die Regelung für Kaufverträge	204
a) Allgemeines	204
b) Begriff des Kaufvertrages	205
c) Bestimmung des Erfüllungsortes	207
10. Die Regelung für Dienstleistungsverträge	210
a) Allgemeines	210
b) Begriff des Dienstleistungsvertrages	210
c) Bestimmung des Erfüllungsortes	213
11. Die Regelung für andere Verträge	216
a) Allgemeines	216
b) Maßgebliche Verpflichtung	220
c) Bestimmung des Erfüllungsortes	221
H. Der Gerichtsstand für Deliktssachen (Art 7 Nr 2)	222
1. Allgemeines	227
2. Örtliche Anwendungsvoraussetzungen – Drittstaatenbezug	228
3. Begriff der unerlaubten Handlung	229
4. Bestimmung des maßgeblichen Ortes	237
a) Handlungsort	238
b) Erfolgsort	240
c) Einschränkungen	246
5. Parteiwechsel	249
6. Kognitionsbefugnis	250
I. Die weiteren Wahlgerichtsstände nach Art 7 EuGVVO 2012 (und Art 5 LGVÜ)	252
1. Der Gerichtsstand für Unterhaltsstreitigkeiten (Art 5 Nr 2 LGVÜ)	252
2. Der Gerichtsstand des Adhäsionsverfahrens (Art 7 Nr 3)	254
3. Der Gerichtsstand der Wiedererlangung eines Kulturgutes (Art 7 Nr 4)	256
4. Der Gerichtsstand der Niederlassung (Art 7 Nr 5)	256
5. Der Gerichtsstand für trustrechtliche Klagen (Art 7 Nr 6)	259
6. Der Gerichtsstand für Klagen wegen Berge- und Hilfslohn (Art 7 Nr 7)	260
J. Die Wahlgerichtsstände des Sachzusammenhangs nach Artikel 8	260
1. Allgemeines	261
a) Missbrauchsvorbehalt	262
b) Drittstaatenproblematik	263
2. Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft (Art 8 Nr 1)	264
a) Allgemeines	264
b) Wohnsitz des Beklagten	265
c) Der Sachzusammenhang	265
3. Der Gerichtsstand der Gewährleistungs- und Interventionsklage (Art 8 Nr 2)	269
4. Der Gerichtsstand der Widerklage (Art 8 Nr 3)	272
a) Voraussetzungen	273
b) Prozessaufrechnung	274
5. Der dingliche Gerichtsstand des Sachzusammenhangs (Art 8 Nr 4)	275
K. Die Zuständigkeitsregelungen für besonders geschützte Personengruppen	276
1. Allgemeines	276

2. Die Zuständigkeit in Versicherungssachen (Art 10–16) . . . . .	278
a) Allgemeines . . . . .	279
b) Anwendungsbereich . . . . .	281
c) Klagen gegen den Versicherer . . . . .	284
d) Zur Direktklage . . . . .	286
aa) Historischer Abriss vor der Entscheidung in der Rechtssache <i>Odenbreit</i> . . . . .	286
bb) Ausgangsverfahren in der Rechtssache <i>Odenbreit</i> . . . . .	287
cc) Argumentation des EuGH . . . . .	287
dd) Kritik in der Literatur/Klagen gegen Halter ua . . . . .	288
ee) Weitere Konsequenzen . . . . .	289
ff) Klägergerichtsstand auch bei (Legal-)Zession? . . . . .	290
gg) Begriff des „Geschädigten“ . . . . .	292
hh) Klägergerichtsstand bei juristischen Personen . . . . .	293
ii) Klägergerichtsstand auch im Verhältnis zu Lugano-Vertragsstaaten . . . . .	294
jj) Negative Feststellungsklage des Versicherers gegen den Geschädigten . . . . .	295
kk) Interventionsklage der (Sozial-)Versicherung des Geschädigten gegen Haftpflichtversicherung des Schädigers . . . . .	295
e) Klagen des Versicherers gegen den Versicherungsnehmer . . . . .	296
f) Widerklage . . . . .	296
g) Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	296
h) Definition der Großrisiken . . . . .	298
3. Die Zuständigkeit in Verbrauchersachen (Art 17–19) . . . . .	299
a) Allgemeines . . . . .	303
b) Anwendungsbereich . . . . .	304
aa) Räumlicher Anwendungsbereich . . . . .	305
bb) Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	306
cc) Erfasste Verträge – Situativer Anwendungsbereich . . . . .	311
c) Die Zuständigkeitsregelung . . . . .	324
d) Prorogationsbeschränkungen . . . . .	325
e) Relevanter Zeitpunkt/Fragen zur Perpetuierung . . . . .	326
4. Die Zuständigkeit für individuelle Arbeitsverträge (Art 20–23) . . . . .	327
a) Allgemeines . . . . .	329
b) Internationale Arbeitnehmerentsendung/-überlassung; mehrere Arbeit- geber/Beschäftigte . . . . .	331
c) Rechtsnachfolger . . . . .	332
d) Sanktionen . . . . .	332
e) Räumlicher Anwendungsbereich . . . . .	333
f) Begriff des Arbeitsvertrages . . . . .	334
g) Klagen des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber . . . . .	338
h) Klagen des Arbeitgebers gegen den Arbeitnehmer . . . . .	344
i) Gerichtsstandsvereinbarungen . . . . .	345
L. Ausschließliche Zuständigkeiten . . . . .	345
1. Allgemeines . . . . .	346
2. Der Gerichtsstand für Rechte an unbeweglichen Sachen (Art 24 Nr 1) . . . . .	349
a) Allgemeines . . . . .	350
b) Unbewegliche Sache . . . . .	351
c) Dingliche Rechte . . . . .	351
d) Miete und Pacht . . . . .	356
e) Ferienhausmiete . . . . .	359
3. Gesellschaftsrechtliche Klagen (Art 24 Nr 2) . . . . .	360
4. Klagen im Zusammenhang mit öffentlichen Registern (Art 24 Nr 3) . . . . .	364
5. Klagen im Zusammenhang mit gewerblichen Schutzrechten (Art 24 Nr 4) . . . . .	365
6. Verfahren im Zusammenhang mit der Zwangsvollstreckung (Art 24 Nr 5) . . . . .	370

M. Gerichtsstandsvereinbarungen	374
1. Allgemeines	377
2. Räumlich-persönlicher Geltungsbereich	378
3. Verhältnis der EuGVVO zum Haager Gerichtsstandsübereinkommen	382
4. Gültigkeitserfordernisse	384
a) Rechtsgeschäftliche Einigung	385
b) Formerfordernisse	390
aa) Schriftlich (Art 25 Abs 1 lit a Fall 1)	390
bb) Mündlich mit schriftlicher Bestätigung (Art 25 Abs 1 lit a Fall 2)	393
cc) Nach entstandenen Gepflogenheiten (Art 25 Abs 1 lit b)	394
dd) Internationaler Handelsbrauch (Art 25 Abs 1 lit c)	396
5. Auswahl an Gerichten	397
6. Wirkungen einer Gerichtsstandsvereinbarung	398
7. Unzulässigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung	399
8. Unabhängigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung vom restlichen Vertrag	400
9. Kognitionsbefugnis des prorogierten Gerichtes	400
N. Rügele Einlassung des Beklagten und Prüfung der Zuständigkeit	402
X. Anhängigkeit und im Zusammenhang stehende Verfahren	410
A. Allgemeines	413
B. Charakter der Art 29 ff EuGVVO 2012	415
C. Verstoß gegen Art 29 ff EuGVVO 2012	415
D. Gemeinsame Anwendungsvoraussetzungen	416
1. Vorliegen des sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereiches	416
2. Vorliegen des räumlich-persönlichen Anwendungsbereiches	419
3. Nichtvorliegen vorrangig anzuwendender Übereinkommen	419
4. Anhängigkeit der Rechtssache	420
5. Anhängigkeit der Rechtssache bei staatlichen Gerichten	421
E. Die Rechtshängigkeitsregel des Art 29 EuGVVO 2012	421
1. Allgemeines	421
2. Parteienidentität	422
3. Anspruchsidentität	423
4. Eintritt der Rechtshängigkeit („Anhängigkeit“)	426
5. Nichtvorliegen weiterer Voraussetzungen	427
a) Keine Überprüfung der Zuständigkeit durch das Zweitgericht	427
b) Keine Anerkennungsprognose	428
c) Keine Prüfung der Möglichkeit einer überlangen Verfahrensdauer	429
d) Unbeachtlichkeit von anti-suit injunctions	430
6. Ausschließliche Zuständigkeit als Ausnahme vom Prioritätsgrundsatz	431
7. Rechtsfolgen des Art 29 EuGVVO 2012	431
a) Aussetzung des Verfahrens	431
b) Unzuständigkeitserklärung	432
F. Im Zusammenhang stehende Verfahren	433
1. Allgemeines	433
2. Auslegung	434
3. Rechtsfolgen des Art 30 EuGVVO 2012	435
a) Aussetzung des Verfahrens	435
b) Unzuständigkeitserklärung	436
G. Parallelverfahren aufgrund von Art 24 EuGVVO 2012	436
H. Vorliegen einer ausschließlichen Gerichtsstandsvereinbarung	437
I. Rechtshängigkeit im Verhältnis zu Drittstaaten	439
1. Allgemeines	439
2. Anwendungsvoraussetzungen	440
3. Rechtsfolgen	441

a)	Aussetzung und Fortsetzung des Verfahrens .....	441
b)	Verfahrenseinstellung .....	441
XI.	Einstweiliger Rechtsschutz .....	442
A.	Einführung und historische Entwicklung .....	445
B.	Überblick und Ratio .....	447
C.	Anwendungsvoraussetzungen .....	449
D.	Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Art 4, 7–26 EuGVVO 2012 .....	451
1.	Allgemeines .....	451
2.	Pflicht zur Justizgewährung .....	451
3.	Voraussetzungen .....	452
4.	Die internationale Zuständigkeit der Hauptsachegerichte vor Einleitung des Hauptsacheverfahrens .....	452
5.	Die Zuständigkeit des Hauptsachegerichts nach Einleitung des Hauptsacheverfahrens in einem Mitgliedstaat .....	453
E.	Die internationale Zuständigkeit für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen nach Art 35 EuGVVO 2012 .....	454
1.	Allgemeines .....	454
2.	Begriff der einstweiligen Maßnahme iSd Art 35 EuGVVO 2012 .....	454
3.	Unionsrechtlich-autonome Voraussetzungen für die Erlassung einstweiliger Maßnahmen durch die nach Art 35 EuGVVO 2012 zuständigen Gerichte ...	455
a)	Vorliegen des räumlich-persönlichen, sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereichs der Verordnung .....	455
b)	Vorliegen einer „realen Verknüpfung“ .....	455
c)	Besondere unionsrechtlich-autonome Voraussetzungen für die Erlassung von Leistungsverfügungen durch die nach Art 35 EuGVVO 2012 zuständigen Gerichte .....	456
F.	Gerichtsstandsvereinbarungen und deren Auswirkungen auf das einstweilige Rechtsschutzverfahren .....	457
1.	Zulässigkeit und Wirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen betreffend das einstweilige Rechtsschutzverfahren .....	457
2.	Gerichtsstandsvereinbarungen betreffend die Hauptsache – Auswirkungen auf das einstweilige Rechtsschutzverfahren .....	458
G.	Anerkennung und Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen .....	459
XII.	Anerkennung und Vollstreckung .....	463
A.	Grundlagen von Anerkennung und Vollstreckung .....	465
1.	Allgemeines .....	465
a)	Koordinierung der Rechtsschutztätigkeit verschiedener Staaten .....	465
b)	Ein Blick zurück .....	466
c)	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche .....	467
2.	Die europäische Entwicklung .....	467
a)	Urteilsfreizügigkeit im Binnenmarkt .....	467
b)	EuGVÜ 1968 .....	468
c)	LGVÜ 1988 .....	469
d)	Einführung der Vollstreckbarerklärung (Exequatur) in Österreich .....	469
e)	EuGVVO 2000 und LGVÜ 2007 .....	470
f)	Abschaffung des Exequaturverfahrens .....	470
g)	EuGVVO 2012 .....	471
h)	Die Behandlung von Entscheidungen aus anderen Mitgliedstaaten im Anerkennungs- und Vollstreckungsstaat .....	472
i)	EO-Novelle 2016 .....	472
3.	Anerkennung nach der EuGVVO 2000 und 2012 – ein erster Überblick ...	473

4. Vollstreckung: EuGVVO 2000 und 2012 im überblicksweisen Vergleich . . . .	473
B. Anerkennung nach der EuGVVO 2012 . . . . .	474
1. Allgemeines . . . . .	474
2. Deklaratorisches Feststellungsverfahren . . . . .	476
3. Inzidente Anerkennung und Zwischenfeststellung . . . . .	477
4. Gegenstand der Anerkennung: Entscheidung . . . . .	477
5. Wirkung der Anerkennung: Wirkungserstreckung . . . . .	479
6. Anerkennungsversagungsgründe . . . . .	480
a) Verstoß gegen den ordre public (Art 45 Abs 1 lit a EuGVVO 2012) . . . .	481
b) Nachprüfung der Zustellung des verfahrenseinleitenden Schriftstücks (Art 45 Abs 1 lit b EuGVVO 2012) . . . . .	482
c) Kollidierende Entscheidungen (Art 45 Abs 1 lit c und d EuGVVO 2012) .	483
d) Nachprüfung der Zuständigkeit im Ausnahmefall (Art 45 Abs 1 lit e und Abs 3 EuGVVO 2012) . . . . .	484
7. Anerkennungsversagungsverfahren . . . . .	485
C. Vollstreckung nach der EuGVVO 2012 . . . . .	485
1. Allgemeines . . . . .	485
a) Erstreckung der Vollstreckungswirkung . . . . .	485
b) Durchführung der Vollstreckung . . . . .	486
2. Voraussetzungen der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat . . . . .	486
a) Vollstreckbarkeit im Erststaat . . . . .	486
b) Ausstellung einer Bescheinigung im Erststaat . . . . .	487
c) Vorlage von Urkunden im Zweitstaat . . . . .	487
3. Anpassung des ausländischen Titels . . . . .	488
4. Antrag auf Versagung der Vollstreckung und Verfahren darüber . . . . .	488
5. Aussetzung des Vollstreckungsverfahrens und des Vollstreckungsversagungs- verfahrens . . . . .	493
6. Vollstreckung von öffentlichen Urkunden und gerichtlichen Vergleichen . .	493
7. Besonderheiten bei der indirekten Exekution . . . . .	493
<b>4. Kapitel Die Brüssel IIb-Verordnung . . . . .</b>	<b>495</b>
I. Entwicklung . . . . .	503
II. Bedeutung . . . . .	507
III. Aufbau und Inhalt . . . . .	509
IV. Der zeitliche Anwendungsbereich . . . . .	513
V. Der geografische Anwendungsbereich . . . . .	514
A. Mitgliedstaaten . . . . .	514
B. Brexit . . . . .	514
VI. Grenzüberschreitender Bezug als Anwendungsvoraussetzung . . . . .	515
A. Binnenfälle und Fälle mit Auslandsbezug . . . . .	515
B. Zuständigkeits- und Rechtshängigkeitsregeln . . . . .	515
C. Anerkennung und Vollstreckungsregeln . . . . .	516
VII. Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	516
A. Ehesachen . . . . .	516
B. Elterliche Verantwortung . . . . .	521
1. Allgemeines . . . . .	521
2. Positivkatalog (Art 1 Abs 2 Brüssel IIb-VO) . . . . .	522
3. Negativkatalog (Art 1 Abs 4 Brüssel IIb-VO) . . . . .	524
4. Sonstige Angelegenheiten . . . . .	525
VIII. Das Verhältnis zu anderen Rechtsakten . . . . .	525
A. EU-interne Übereinkommen . . . . .	525
B. Übereinkommen mit Drittstaaten . . . . .	527
1. Allgemeines . . . . .	527



2. Haager Minderjährigenschutzübereinkommen .....	527
3. Haager Kinderschutzübereinkommen .....	528
4. Haager Kindesentführungsübereinkommen (Art 96) .....	529
5. Sonstige Übereinkommen .....	530
IX. Zuständigkeit .....	530
A. Ehesachen .....	530
1. Allgemeines .....	530
2. Die Zuständigkeitstatbestände .....	532
3. Ausschließlichkeit der Brüssel IIb-Gerichtsstände und nationale Restzuständigkeit .....	538
B. Kindschaftssachen .....	540
1. Allgemeines .....	540
2. Zuständigkeitstatbestände .....	542
a) Allgemeine Zuständigkeit .....	542
b) Zuständigkeit für Änderung einer Kontaktrechtsregelung .....	543
c) Zuständigkeit für Kindesentführungen und Rückführungsverfahren .....	544
d) Vereinbarung über die Zuständigkeit (Art 10 Brüssel IIb-VO) .....	544
aa) Allgemeine Voraussetzungen .....	544
bb) Wesentliche Bindung des Kindes zum Gericht .....	546
e) Aufenthaltszuständigkeit (Art 11 Brüssel IIb-VO) .....	547
f) Restzuständigkeit (Art 14 Brüssel IIb-VO) .....	548
3. Verweisung an ein forum conveniens (Art 12–13 Brüssel IIb-VO) .....	548
a) Allgemeines .....	548
b) Voraussetzungen für die Übertragung .....	549
c) Verfahrensablauf .....	552
aa) Übertragung der Zuständigkeit durch das Gericht im Erststaat (Art 12 Brüssel IIb-VO) .....	552
bb) Ersuchen des Gerichts im Zweitstaat um Übertragung der Zuständigkeit (Art 13 Brüssel IIb-VO) .....	555
4. Gewöhnlicher Aufenthalt .....	555
5. Zuständigkeitsprüfung .....	559
6. Zuständigkeit zur Beurteilung von Vorfragen (Art 16 Brüssel IIb-VO) .....	560
X. Die Rechtshängigkeit .....	561
A. Anrufung des Gerichts .....	561
B. Rechtshängigkeit .....	562
1. Allgemeines .....	562
2. Parteiidentität .....	564
3. Anspruchsidentität .....	565
4. Rechtsfolgen .....	567
5. Rechtshängigkeit und Gerichtsstandsvereinbarung bzw. Anerkennung .....	567
XI. Recht des Kindes auf Meinungsäußerung .....	568
XII. Einstweiliger Rechtsschutz .....	570
A. Allgemeines .....	570
B. Einstweilige Maßnahmen .....	572
XIII. Rückgabeverfahren nach Kindesentführungen .....	572
A. Allgemeines .....	572
B. Zuständigkeit .....	573
C. Rückführungsverfahren .....	576
XIV. Anerkennung und Vollstreckung .....	582
A. Allgemeines .....	582
1. Inhalt der Art 30–75 Brüssel IIb-VO .....	582
2. Privilegierte Entscheidungen .....	583
3. Anwendungsbereich des Anerkennungs- und Vollstreckungsregimes .....	583

4. Nationales Recht .....	584
B. Entscheidung, öffentliche Urkunde, Vereinbarung .....	584
1. Entscheidung .....	584
2. Außergerichtliche Scheidungen .....	586
3. Öffentliche Urkunden und Vereinbarungen .....	588
C. Anerkennung .....	590
1. Grundsätze .....	590
2. Verweigerung der Anerkennung von Entscheidungen .....	591
3. Verweigerung der Anerkennung öffentlicher Urkunden und Vereinbarungen .....	592
D. Bescheinigung .....	594
1. Bescheinigung zur Entscheidung .....	594
2. Bescheinigung zur öffentlichen Urkunde oder Vereinbarung .....	594
3. Überprüfbarkeit des Inhalts der Bescheinigung? .....	595
4. Umsetzung in Österreich .....	596
E. Speziell zur Anerkennung in Ehesachen (außergerichtliche Scheidungen) .....	597
F. Vollstreckung .....	598
1. Allgemeines .....	598
2. Vollstreckung privilegierter Entscheidungen .....	600
a) Allgemeines .....	600
b) Umgangsrecht .....	601
c) Rückgabeentscheidung .....	602
<b>5. Kapitel Die Güterrechts-Verordnungen .....</b>	<b>605</b>
I. Allgemeines .....	610
II. Entstehungsgeschichte .....	611
III. Anwendungsbereich .....	615
A. Der zeitliche Anwendungsbereich .....	615
1. Allgemeines .....	615
2. Hinsichtlich der Bestimmungen über die gerichtliche Zuständigkeit sowie über die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung .....	617
3. Hinsichtlich Gerichtsstandsvereinbarungen .....	618
4. Hinsichtlich der Rechtshängigkeit und im Zusammenhang stehender Verfahren .....	618
5. Hinsichtlich des anzuwendenden Rechts .....	620
B. Der geografische Anwendungsbereich .....	621
C. Der sachliche Anwendungsbereich .....	621
1. Allgemeines .....	621
2. Zu den Begriffen „Ehe“ und „eingetragene Partnerschaft“ .....	622
3. Zum Begriff „Güterstände“ .....	623
4. Verfahren mit Dritten .....	626
5. Abgrenzungen .....	626
6. Ausgeschlossene Rechtsgebiete .....	628
D. Der räumlich-persönliche Anwendungsbereich .....	629
E. Vorliegen eines grenzüberschreitenden Bezuges .....	630
IV. Zuständigkeit .....	630
A. Allgemeines .....	630
B. Überblick über die Zuständigkeitsbestimmungen .....	631
C. Zuständigkeit im Fall des Todes eines der Ehegatten .....	632
1. Allgemeines .....	632
2. Verhältnis zu Art 6 EuEheGütVO/EuPartGütVO .....	633
3. Wirkungen .....	633
4. Beginn und Ende der Annexzuständigkeit .....	633
a) Beginn .....	633

b) Ende .....	634
5. Beschränkung der Kognitionsbefugnis .....	634
D. Zuständigkeit im Fall der Ehescheidung bzw der Auflösung der eingetragenen Partnerschaft .....	635
1. Allgemeines .....	635
2. Verhältnis zu Art 6 EuEheGütVO/EuPartGütVO .....	636
3. Wirkungen .....	636
4. Voraussetzungen .....	636
a) Voraussetzungen nach Art 5 EuEheGütVO .....	636
aa) Allgemeines .....	636
bb) Zuständigkeit nach Fall 1 .....	637
cc) Zuständigkeit nach Fall 2 .....	638
b) Voraussetzungen nach Art 5 EuPartGütVO .....	639
5. Beginn und Ende der Annexzuständigkeit .....	640
a) Beginn .....	640
b) Ende .....	640
E. Zuständigkeit in anderen Fällen .....	641
1. Allgemeines .....	641
2. Zuständigkeitsbestimmung .....	641
F. Zuständigkeitsvereinbarungen .....	642
1. Allgemeines .....	642
2. Voraussetzung .....	643
3. Wirkungen .....	643
4. Form .....	643
G. Zuständigkeit aufgrund rügeloser Einlassung .....	644
1. Allgemeines .....	644
2. Voraussetzungen .....	644
a) Gericht, dessen Recht nach Art 22 oder Art 26 Abs 1 lit a oder b EuEheGütVO bzw nach Art 22 oder Art 26 Abs 1 EuPartGütVO anzuwenden ist .....	644
b) Keine Zuständigkeit eines anderen Gerichtes nach Art 4 EuEheGütVO/ EuPartGütVO bzw Art 5 Abs 1 EuEheGütVO .....	645
c) Keine Unzuständigkeitsrüge .....	645
d) Belehrung durch das Gericht .....	645
H. Alternative Zuständigkeit .....	646
1. Allgemeines .....	646
2. Voraussetzung .....	647
a) Voraussetzungen nach der EuEheGütVO .....	647
b) Voraussetzungen nach der EuPartGütVO .....	648
c) Unverzögliche Unzuständigkeitserklärung .....	648
d) Folgen .....	648
I. Subsidiäre Zuständigkeit .....	649
J. Notzuständigkeit .....	650
K. Zuständigkeit für Gegenanträge .....	650
L. Einstweilige Maßnahmen einschließlich Sicherungsmaßnahmen .....	651
M. Prüfung der Zuständigkeit .....	652
N. Rechtshängigkeit .....	653
O. Im Zusammenhang stehende Verfahren .....	654
V. Anzuwendendes Recht .....	655
VI. Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung ausländischer Titel .....	655
A. Allgemeines .....	655
B. Prüfung des Anwendungsbereiches .....	656
C. Weitere Anwendungsvoraussetzungen .....	656
1. Vorliegen einer Entscheidung eines Mitgliedstaates .....	656

2. Entscheidung eines Gerichtes . . . . .	659
3. Justizförmiges Verfahren . . . . .	659
D. Anerkennung ausländischer Entscheidungen . . . . .	660
1. Allgemeines . . . . .	660
2. Wesen und Wirkung der Anerkennung . . . . .	661
3. Anerkennungsversagungsgründe . . . . .	662
a) Allgemeines . . . . .	662
b) Offensichtlicher Verstoß gegen den ordre public . . . . .	664
c) Verletzung des rechtlichen Gehörs bei der Verfahrenseinleitung . . . . .	665
d) Unvereinbarkeit mit einer im Zweit- oder in einem Drittstaat ergangenen Entscheidung . . . . .	668
E. Vollstreckung ausländischer Entscheidungen . . . . .	668
1. Allgemeines . . . . .	668
2. Das erstinstanzliche Verfahren . . . . .	669
a) Antrag . . . . .	669
b) Zuständigkeit . . . . .	671
c) Prüfungsumfang . . . . .	671
d) Einseitigkeit des Verfahrens . . . . .	673
e) Raschheit des Verfahrens . . . . .	673
f) Entscheidung und Zustellung der Entscheidung . . . . .	674
3. Das Verfahren 2. Instanz . . . . .	675
a) Allgemeines . . . . .	675
b) Zulässige Einwendungen . . . . .	676
c) Frist . . . . .	677
d) Verfahrensgrundsätze . . . . .	679
e) Prüfungsumfang im Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	680
4. Das Verfahren 3. Instanz . . . . .	683
5. Schutz des Antragsgegners bei der Vollstreckbarerklärung von noch nicht rechtskräftigen Entscheidungen . . . . .	686
a) Allgemeines . . . . .	686
b) Erste Anwendungsvoraussetzung: Rechtsbehelf nach Art 49, 50 EuEheGüt- VO bereits erhoben . . . . .	686
c) Zweite Anwendungsvoraussetzung: Rechtsbehelf im Erststaat ergriffen . . . . .	687
d) Aussetzung des Rechtsbehelfsverfahrens . . . . .	688
e) Vollstreckbarerklärung ohne weitere Auflagen . . . . .	690
6. Sicherungsmaßnahmen vor und nach der Vollstreckbarerklärung sowie vor- läufige Beschränkung der Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	690
F. Öffentliche Urkunden und Prozessvergleiche . . . . .	691
1. Allgemeines . . . . .	691
2. Öffentliche Urkunden . . . . .	691
a) Begriff . . . . .	691
b) Wirkungen . . . . .	691
c) Einwände . . . . .	692
d) Vollstreckbarerklärung . . . . .	692
3. Prozessvergleiche . . . . .	693

<b>6. Kapitel Die Unterhalts-Verordnung . . . . .</b>	<b>695</b>
I. Entwicklung . . . . .	698
II. Aufbau und Inhalt . . . . .	700
III. Bedeutung . . . . .	704
IV. Der zeitliche Anwendungsbereich . . . . .	705
V. Der geografische Anwendungsbereich . . . . .	706
VI. Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	708

A. Unterhaltspflicht	708
1. Allgemeines	708
2. Abgrenzung zum Güterrecht	709
3. Gesetzlicher und vertraglicher Unterhalt	710
4. Regressansprüche öffentlicher Einrichtungen und Privater	712
5. Sonstiges	713
B. Ehe, Verwandtschaft, Schwägerschaft und Familienverhältnis	713
1. Allgemeines	713
2. Ehe, Verwandtschaft und Schwägerschaft	714
3. Familienverhältnis	715
VII. Das Verhältnis zu anderen Rechtsakten	717
A. Das Verhältnis zum Unionsrecht	717
B. Das Verhältnis zu internationalen Übereinkommen und Verträgen	718
VIII. Zuständigkeit	720
A. Allgemeines	720
B. Überblick über das Zuständigkeitssystem	722
C. Verfahrensart	723
D. Der Grundtatbestand	723
1. Allgemeines	723
2. Grenzüberschreitender Bezug	724
3. Gewöhnlicher Aufenthalt des Beklagten oder Berechtigten	726
4. Annexzuständigkeiten	731
E. Gerichtsstandsvereinbarungen	732
1. Allgemeines	732
2. Gericht oder Gerichte eines Mitgliedstaats	734
3. Entstandener oder künftig entstehender Streit	735
4. Schranken der Wahlfreiheit	735
5. Grenzüberschreitender Bezug	738
6. Vereinbarung	738
7. Schriftlichkeit	739
8. Wirksamkeit	740
9. Wirkungen	741
F. Rüge lose Einlassung	741
1. Allgemeines	741
2. Einlassung in das Verfahren	742
3. Prüfung der Zuständigkeit durch das Gericht	743
G. Auffangzuständigkeit	745
H. Notzuständigkeit (forum necessitatis)	746
I. Sperrwirkung für Abänderungsanträge	748
IX. Die Rechtshängigkeit	750
A. Anrufung des Gerichts	750
B. Rechtshängigkeit	751
1. Allgemeines	751
2. Parteiidentität	752
3. Anspruchsidentität	753
4. Rechtsfolgen	754
C. Aussetzung wegen Sachzusammenhangs	754
X. Einstweiliger Rechtsschutz	757
A. Allgemeines	757
B. Einstweilige Maßnahmen	757
C. Internationale Zuständigkeit	758
XI. Anerkennung und Vollstreckung	759
A. Allgemeines	759

B. Erster Korridor – Abschaffung des Exequatur	762
1. Unbedingte Anerkennung und Vollstreckung	762
2. Sicherungsmaßnahmen	764
3. Recht auf Nachprüfung	765
4. Verweigerung oder Aussetzung der Vollstreckung	768
a) Allgemeines	768
b) Recht des Vollstreckungsmitgliedstaats	769
c) Unionsrechtliche Verweigerungsgründe	770
d) Unionsrechtliche Aussetzungsgründe	771
e) Ordre public-Kontrolle	772
C. Zweiter Korridor – Exequatur	773
1. Allgemeines	773
2. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung	773
3. Vollstreckbarerklärungsverfahren	775
D. Gemeinsame Bestimmungen	777
<b>7. Kapitel Die Erbrechts-Verordnung</b>	<b>783</b>
I. Entwicklung	787
II. Aufbau	789
III. Bedeutung	790
IV. Der zeitliche Anwendungsbereich	791
V. Der geografische Anwendungsbereich	793
VI. Der sachliche Anwendungsbereich	794
A. Positiv definierter Anwendungsbereich	795
B. Negativ definierter Anwendungsbereich	796
VII. Das Verhältnis zu anderen Rechtsakten	801
A. Staatsvertrag Liechtenstein – Österreich	802
B. Staatsvertrag Schweiz – Österreich	802
C. Staatsvertrag Großbritannien – Österreich	804
D. Verhältnis Dänemark – Österreich	804
VIII. Zuständigkeit	805
A. Allgemeines	805
B. Überblick zu den Zuständigkeitsregeln	807
C. Gewöhnlicher Aufenthalt	808
D. Internationale Zuständigkeit ohne Rechtswahl	817
1. Gewöhnlicher Aufenthalt in der EU	817
2. Gewöhnlicher Aufenthalt nicht in der EU	817
a) Subsidiäre Zuständigkeit nach Art 10 EuErbVO	817
b) Notzuständigkeit nach Art 11 EuErbVO	819
c) Unzuständigkeitserklärung	820
3. Grafisches Schema zur Zuständigkeit ohne Rechtswahl	821
E. Internationale Zuständigkeit nach Rechtswahl des Erblassers	822
1. Gewöhnlicher Aufenthalt in der EU	822
a) Erblasser wählt Recht eines Drittstaates	822
b) Erblasser wählt Recht eines EU-Mitgliedstaates	822
aa) Gerichtsstandsvereinbarung	826
bb) Gerichtsstandsvereinbarung fehlt	827
c) Regelungslücken	827
aa) Parteien der Gerichtsstandsvereinbarung	827
bb) Gerichtsstandsvereinbarung nicht von allen Parteien getroffen	828
cc) Fortbestand von Entscheidungen	828
dd) Welchem Recht unterliegt die Gerichtsstandsvereinbarung?	828
ee) Zuständigkeitsvereinbarung und Art der Rechtswahl	829

ff) Außergerichtliche Regelungen	829
2. Gewöhnlicher Aufenthalt nicht in der EU	829
a) Erblasser wählt Recht eines Drittstaates	829
b) Erblasser wählt Recht eines EU-Mitgliedstaates	830
3. Rügelelose Einlassung	830
4. Grafisches Schema zur Zuständigkeit mit Rechtswahl	831
F. Innerstaatliche Zuständigkeitsbestimmungen	833
G. Beschränkung der Verfahren, Annahme und Ausschlagung	833
H. Einstweilige Maßnahmen	835
IX. Die Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen	836
A. Anerkennung von Entscheidungen	837
B. Vollstreckbarkeit von Entscheidungen	838
X. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche	839
A. Öffentliche Urkunden	839
1. Einwände gegen die Echtheit/Authentizität der Urkunde	842
2. Einwände gegen den materiellen Inhalt der Urkunde	842
3. Vorfragen	843
4. Vollstreckung öffentlicher Urkunden	843
B. Gerichtliche Vergleiche	843
XI. Verfahrensrechtliches zum Europäischen Nachlasszeugnis	843
A. Zur Zuständigkeit der Gerichte, um ein ENZ auszustellen	844
1. Internationale Zuständigkeit	844
2. Zur Bedeutung des ENZ in der Rechtsprechung	844
3. Weitere verfahrensrechtliche Fragen	845
4. Auswirkungen des ENZ auf das Registerrecht	847
B. Die Verwendung des ENZ im Grundbuchsverfahren	847
1. Das ENZ im österreichischen Grundbuchsverfahren	849
2. Die Verwendung des ENZ im deutschen Grundbuchsverfahren	851
C. Die Verwendung des ENZ im Handelsregister- und Firmenbuchverfahren	853
1. Österreichisches Firmenbuch	853
2. Deutsches Handelsregister	854
D. Rechtsbehelfe und Anfechtung (Art 71 und 72 EuErbVO)	855
<b>8. Kapitel Die Vollstreckungstitel-Verordnung</b>	<b>859</b>
I. Allgemeines	864
II. Rechtssetzungsverfahren	866
III. Bedeutung, Kritik und Rechtsprechung	867
A. Rezeption in der Wissenschaft	867
B. Bedeutung in der Praxis	868
C. Die EuVTVO vor dem EuGH	869
IV. Der Anwendungsbereich der EuVTVO	871
A. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	871
B. Zeitlicher Anwendungsbereich	872
C. Sachlicher Anwendungsbereich	872
V. Voraussetzungen für die Bestätigung eines Titels als EuVT	873
A. Zur Bestätigung geeignete Titel	873
B. Unbestritten gebliebene Geldforderung	875
1. Allgemeines	875
2. Entscheidungen über passiv unbestrittene Geldforderungen	876
C. Voraussetzungen für die Bestätigung von Entscheidungen als EuVT	877
1. Vollstreckbarkeit des Titels im Ursprungsmitgliedstaat	877
2. Einhaltung von Zuständigkeitsbestimmungen	877
3. Einhaltung von verfahrensrechtlichen Mindestvorschriften	878

4. Voraussetzungen bei Verbrauchern .....	878
VI. Verfahren zur Erlangung eines EuVT .....	879
A. Antrag und Zuständigkeit .....	879
B. Prüfungsverfahren .....	880
C. Prüfung der Einhaltung der Mindeststandards im Titelfahren .....	880
1. Zustellung an den Schuldner .....	880
2. Mindestinformationen .....	881
3. Sprachfassung der Informationen .....	881
4. Heilung .....	882
D. Ausstellung und Zustellung der Bestätigung des Titels als EuVT .....	882
E. Rechtsbehelfe gegen die Bestätigung als EuVT und deren Ablehnung .....	883
VII. Wirkung der Bestätigung als EuVT .....	885
A. Behandlung wie ein inländischer Titel des Vollstreckungsmitgliedstaats .....	885
B. Unvereinbarkeit mit einer früheren Entscheidung .....	886
C. Überprüfung der Einhaltung des Anwendungsbereichs? .....	886
VIII. EuVT und Verfahren im Vollstreckungsmitgliedstaat .....	887
A. Verfahren im Vollstreckungsstaat .....	887
B. Rechtsbehelfe im Vollstreckungsstaat .....	887
IX. Verhältnis der EuVTVO zu anderen Rechtsakten .....	888
A. Verhältnis zur EuGVVO und zur EuGVVO 2012 .....	888
B. Verhältnis zur EuUVO .....	888
C. Verhältnis zur EuMahnVO und zur EuBagatellVO .....	889
D. Verhältnis zur EuInsVO .....	889
<b>9. Kapitel Die Kontenpfändungs-Verordnung .....</b>	<b>891</b>
I. Allgemeines und Ratio .....	893
II. Anwendungsbereich .....	894
A. Der zeitliche Anwendungsbereich .....	894
B. Der geografische Anwendungsbereich .....	895
C. Der sachliche Anwendungsbereich .....	895
1. Allgemeines .....	895
2. Begriff der Geldforderung .....	895
3. Begriff der Zivil- bzw Handelssache .....	896
4. Begriffe „Bankkonto“, „Gelder“ und „Bank eines Mitgliedstaates“ .....	897
D. Grenzüberschreitender Bezug .....	898
E. Der persönliche Anwendungsbereich .....	900
III. Begleitregelungen .....	900
IV. Verhältnis zu Sicherungsmaßnahmen im innerstaatlichen Recht .....	901
V. Verhältnis zum Hauptsacheverfahren .....	901
VI. Verfahren .....	902
A. Zuständigkeit .....	902
B. Verfahren bis zur Erlassung des Pfändungsbeschlusses .....	905
1. Einleitung des Verfahrens .....	905
2. Auskunftsverfahren .....	906
3. Prüfung durch das Gericht .....	908
4. Materielle Erfordernisse für die Erlassung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung .....	909
a) Periculum in mora .....	909
b) Fumus boni iuris .....	910
c) Glaubhaftmachung .....	910
5. Entscheidung über den Antrag .....	910
6. Anordnung einer Sicherungsleistung .....	911
7. Erlassung des Pfändungsbeschlusses .....	912



8. Wirkung des Kontenpfändungsbeschlusses .....	913
a) Begründung eines Pfandrechts? .....	913
b) Sonstige Wirkungen .....	914
C. Vollstreckung des Pfändungsbeschlusses .....	914
1. Allgemeines .....	914
2. Vollstreckung des Pfändungsbeschlusses in einem anderen Staat .....	914
3. Ausführung des Europäischen Kontenpfändungsbeschlusses .....	915
4. Freigabe zur Zahlung und Überweisung auf das Konto des Gläubigers .....	916
5. Freigabe überschüssiger vorläufig gepfändeter Beträge durch den Gläubiger .....	916
D. Haftung .....	916
1. Haftung des Gläubigers .....	916
2. Haftung der Bank .....	917
E. Rechtsbehelfe .....	917
1. Allgemeines .....	917
2. Einwendungen im Ursprungsmitgliedstaat .....	917
3. Einwendungen im Vollstreckungsmitgliedstaat .....	919
4. Rechtsbehelfsverfahren .....	919
5. Sicherheitsleistung anstelle der vorläufigen Pfändung .....	920
6. Rechtsbehelfe Dritter .....	920
F. Kosten .....	920
<b>10. Kapitel Die Schutzmaßnahmen-Verordnung .....</b>	<b>923</b>
I. Allgemeines .....	924
A. Ratio .....	924
B. Entstehungsgeschichte .....	925
C. Begleitregelungen .....	927
II. Anwendungsbereich .....	928
A. Der zeitliche Anwendungsbereich .....	928
B. Der räumliche Anwendungsbereich .....	928
C. Der sachliche Anwendungsbereich .....	928
D. Grenzüberschreitender Bezug .....	932
E. Der persönliche Anwendungsbereich .....	932
III. Das Verhältnis zu anderen Rechtsakten .....	932
A. Verhältnis zur EuGVVO 2012 .....	932
B. Verhältnis zur Brüssel IIa-VO bzw Brüssel IIb-VO .....	933
IV. Anerkennung und Vollstreckung von Schutzmaßnahmen .....	934
A. Allgemeines .....	934
B. Befristung der Anerkennungs- (und Vollstreckungs-)wirkung .....	934
C. Vorzulegende Urkunden .....	935
1. Allgemeines .....	935
2. Bescheinigung .....	935
a) Allgemeines .....	935
b) Inhalt .....	936
c) Voraussetzungen für die Ausstellung der Bescheinigung .....	937
d) Zustellung der Bescheinigung .....	938
e) Berichtigung oder Aufhebung der Bescheinigung .....	938
f) Übersetzung der Bescheinigung .....	939
D. Anpassung der Schutzmaßnahmen .....	940
E. Versagung der Anerkennung und Vollstreckung .....	941
F. Aufhebung der Anerkennung und Vollstreckung .....	942
G. Allgemeine Verfahrensbestimmungen .....	943
H. Vollziehung einer ausländischen Schutzmaßnahme in Österreich .....	943

<b>11. Kapitel Das Europäische Mahnverfahren</b>	945
I. Allgemeines	947
II. Anwendungsbereich	951
A. Zeitlicher und geografischer Anwendungsbereich	951
B. Grenzüberschreitende Rechtssache	951
C. Sachlicher Anwendungsbereich	954
III. Zuständigkeit	956
IV. Ablauf des Verfahrens	959
A. Verfahrenseinleitung	959
B. Prüfung des Antrags	963
C. Erlassung des Zahlungsbefehls	966
D. Rechtsbehelfe des Antragsgegners	967
1. Einspruch	967
2. Überprüfung in Ausnahmefällen	971
V. Vollstreckung	976
A. Allgemeines	976
B. Verweigerung der Vollstreckung	976
C. Aussetzung oder Beschränkung der Vollstreckung	978
VI. Kosten	978
VII. Zusammenfassung der Unterschiede zwischen europäischem und österreichischem Mahnverfahren	979
VIII. Ablaufschema EU-Mahnverfahren	980
<b>12. Kapitel Das Europäische Bagatellverfahren</b>	981
I. Allgemeines	983
II. Anwendungsbereich	987
A. Zeitlicher und geografischer Anwendungsbereich	987
B. Grenzüberschreitende Rechtssache	988
C. Sachlicher Anwendungsbereich	989
III. Zuständigkeit	991
IV. Allgemeine Bestimmungen und Grundsätze	992
A. Optionalität	992
B. Anwendbares Verfahrensrecht	993
C. Vertretungsfreiheit sowie Anleitungs- und Belehrungspflichten	993
D. Vereinfachung und Beschleunigung	995
E. Reduktion der Kosten	996
F. Verhältnismäßigkeit	996
G. Schriftlichkeit	997
H. Sprachen	997
I. Zustellungen	998
V. Ablauf des Verfahrens	999
A. Einleitung des Verfahrens	999
B. Klageantwort	1001
C. Durchführung des Verfahrens	1003
D. Abschluss des Verfahrens	1005
E. Kostentragung	1005
VI. Anfechtung und Überprüfung des Urteils	1006
A. Rechtsmittel	1006
B. Überprüfung in Ausnahmefällen	1007
VII. Anerkennung und Vollstreckung	1009
VIII. Ablaufschema EU-Bagatellverfahren	1012

<b>13. Kapitel Alternativer Rechtsschutz</b>	1013
I. Allgemeines	1013
A. Einleitung	1014
B. Entwicklung	1014
II. Die Mediationsrichtlinie	1016
A. Entstehung	1017
B. Inhalt	1018
C. Umsetzung	1022
III. Die ADR-Richtlinie	1024
A. Entstehung und Ziel	1025
B. Inhalt	1027
C. Umsetzung	1030
IV. Die ODR-Verordnung	1035
<b>14. Kapitel Die europäische Zustellung</b>	1037
I. Entwicklung	1039
A. Völkerrechtliche Ausgangssituation und Zielsetzung der EuZustVO	1039
B. Europarechtliche Entwicklung	1041
II. Aufbau und Inhalt	1042
III. Bedeutung	1043
IV. Anwendungsbereich	1044
A. Zeitlicher Anwendungsbereich	1044
B. Geografischer Anwendungsbereich	1044
C. Sachlicher Anwendungsbereich	1045
1. Zivil- oder Handelssachen	1045
2. Grenzüberschreitende Zustellung – Zur Unzulässigkeit fiktiver Inlandszustellungen	1046
3. Bekannte Adresse des Empfängers	1053
4. Außergerichtliche Schriftstücke	1053
D. Verhältnis zu anderen Rechtsakten	1054
E. Verhältnis zu völkerrechtlichen Verträgen – Zur Anwendbarkeit der EuZustVO 2020 gegenüber Deutschland	1056
V. Unterstützung bei der Ermittlung von Anschriften	1058
VI. Die Durchführung der Zustellung	1060
A. Überblick über die Zustellarten	1060
B. Zustellung im Rechtshilfeweg	1061
1. Beteiligte Stellen und deren Kommunikation	1061
2. Erstellen des Ersuchens – Zwingende Verwendung des Formulars A	1064
3. Behandlung des Ersuchens durch die Empfangsstelle	1066
4. Kosten	1069
C. Zustellung per Post mit internationalem Rückschein	1071
D. Elektronische Zustellung	1075
E. Zustellung durch diplomatische oder konsularische Vertreter	1078
F. Zustellung im unmittelbaren Verkehr mit ausführenden Organen	1079
G. Übermittlung auf konsularischem oder diplomatischem Weg	1079
VII. Die Sprachenregelung	1080
A. Annahmeverweigerungsrecht des Empfängers	1080
B. Belehrung des Antragstellers und Herstellung einer Übersetzung	1083
C. Sprache, die der Empfänger versteht	1085
D. Prüfung der Annahmeverweigerung	1085
E. Geltung nur für verfahrenseinleitende Schriftstücke?	1087
VIII. Wirksamkeit der Zustellung und Zustellungszeitpunkt	1089

IX. Heilung von Zustellmängeln .....	1092
X. Aussetzung des Verfahrens bei Nichteinlassung des Beklagten .....	1093
<b>15. Kapitel Die europäische Beweisaufnahme .....</b>	<b>1097</b>
I. Methoden der Beweisaufnahme bei Beweismitteln im Ausland .....	1099
II. Völkerrechtliche Ausgangslage .....	1100
A. Grundsatz der Territorialhoheit .....	1100
B. Beweisbeschaffung (Beweismitteltransfer) .....	1101
III. Entwicklung .....	1105
A. Rechtshilfe auf Basis bi- und multilateraler Verträge .....	1105
B. Europarechtliche Entwicklung .....	1105
IV. Aufbau und Inhalt .....	1107
V. Bedeutung .....	1108
VI. Anwendungsbereich .....	1109
A. Zeitlicher und geografischer Anwendungsbereich .....	1109
B. Sachlicher Anwendungsbereich .....	1109
1. Zivil- oder Handelssachen .....	1109
2. Gericht .....	1110
3. Ersuchen um aktive oder passive Rechtshilfe .....	1111
4. Beweisaufnahme .....	1113
5. Beabsichtigte Verwendung der Beweise in einem anhängigen oder zu eröffnen-	
den gerichtlichen Verfahren .....	1115
C. Verhältnis zu völkerrechtlichen Verträgen .....	1116
VII. Auswahl der Methode der Beweisaufnahme .....	1117
A. Überblick über die Methoden der Beweisaufnahme nach der EuBeweisVO 2020 .....	1117
B. Auswahl der Methode nach österreichischem Recht .....	1118
1. Vorrang der Beweisbeschaffung gegenüber den anderen Methoden .....	1118
a) Grundsatz .....	1118
b) Ausnahme für Videokonferenzen nach § 3 des 1. COVID-19-JuBG .....	1119
c) Die Voraussetzungen der aktiven Rechtshilfe bei den einzelnen Beweismit-	
teln .....	1120
2. Vorrang der Videokonferenz gegenüber aktiver und passiver Rechtshilfe .....	1123
3. Entscheidung zwischen aktiver und passiver Rechtshilfe .....	1126
a) Aktive Rechtshilfe als Regelfall .....	1126
b) Erleichterungen beim Sachverständigenbeweis .....	1129
c) Direkter konsularischer Weg .....	1129
VIII. Aktive Rechtshilfe nach der EuBeweisVO .....	1131
A. Beteiligte Stellen und deren Kommunikation .....	1131
B. Ausarbeitung und Übermittlung des Rechtshilfeersuchens .....	1133
C. Erledigung des Ersuchens durch das Rechtshilfegericht .....	1135
1. Prüfung des Ersuchens .....	1135
2. Frist zur Erledigung des Ersuchens .....	1138
3. Anwendbares Prozessrecht .....	1138
4. Anwesenheit und Beteiligung der Parteien sowie ihrer Vertreter .....	1139
5. Anwesenheit und Beteiligung des ersuchenden Gerichts und seiner Beauftrag-	
ten .....	1141
6. Beteiligung über Videokonferenz .....	1142
7. Zwangsmaßnahmen .....	1143
8. Aussageverweigerungsrechte und -verbote .....	1144
9. Kosten .....	1145
10. Übersendung der Erledigungsakten .....	1145
IX. Passive Rechtshilfe und Videokonferenzen nach der EuBeweisVO .....	1145
A. Erstellung des Ersuchens .....	1145

B. Entscheidung über das Ersuchen und dafür vorgesehene Frist .....	1146
C. Ablehnungsgründe .....	1147
D. Bedingungen .....	1149
E. Durchführung der Beweisaufnahme .....	1150
F. Beauftragung eines Gerichts mit tatsächlicher Unterstützung .....	1152
G. Beweisaufnahme über Videokonferenz .....	1152
H. Direkter konsularischer Weg .....	1154
I. Kosten .....	1155
<b>16. Kapitel Die europäische Zusammenarbeit .....</b>	<b>1157</b>
I. Das Europäische Justizielle Netz für Zivil- und Handelssachen .....	1158
A. Zweck und Entwicklung .....	1158
B. Aufbau und Arbeitsweise .....	1159
1. Kontaktstellen .....	1159
2. Weitere Mitglieder .....	1161
C. Website .....	1163
II. Zusammenarbeit Zentraler Behörden .....	1163
A. Allgemeines zu den Zentralen Behörden .....	1163
B. Besondere Aufgaben nach der Brüssel IIb-VO .....	1164
C. Besondere Aufgaben nach der EuUVO .....	1169
III. Übermittlung von Anträgen nach der Prozesskostenhilfe-RL .....	1173
IV. E-Justiz – Zusammenarbeit im Bereich der Digitalisierung .....	1175
<b>17. Kapitel Europäisches Insolvenzrecht .....</b>	<b>1181</b>
I. Einleitung .....	1187
II. Werdegang .....	1189
III. Grundlagen .....	1190
IV. Anwendungsbereich .....	1193
A. Mitgliedstaaten .....	1193
B. Erfordernis eines Auslandsbezugs .....	1193
C. Zeitlicher Anwendungsbereich .....	1194
D. Sachlicher Anwendungsbereich .....	1195
E. Räumlich-personeller Anwendungsbereich .....	1199
V. Begriffsbestimmungen .....	1199
A. Allgemeines .....	1199
B. Die einzelnen Begriffsbestimmungen des Art 2 EuInsVO 2015 .....	1199
VI. Internationale Zuständigkeit .....	1204
A. Allgemeines .....	1204
B. Internationale Zuständigkeit für Hauptinsolvenzverfahren .....	1205
1. Die Regelungen im Allgemeinen .....	1205
2. Gesellschaften und juristische Personen .....	1207
3. Unternehmerisch tätige natürliche Personen .....	1212
4. Privatschuldner .....	1214
C. Internationale Zuständigkeit für andere Insolvenzverfahren .....	1218
1. Sekundärinsolvenzverfahren .....	1218
2. Partikularinsolvenzverfahren .....	1218
D. Zuständigkeitsprüfung .....	1218
1. Amtswegige Prüfung .....	1218
2. Prüfung des Mittelpunkts der hauptsächlichen Schuldnerinteressen .....	1220
a) Gesellschaften und juristische Personen .....	1220
b) Gewerblich bzw freiberuflich tätige Schuldner .....	1221
c) Privatschuldner .....	1221
3. Prüfung des Vorhandenseins einer Niederlassung .....	1222

4. Begründungspflicht .....	1222
5. Nachprüfung der Eröffnungsentscheidung .....	1223
E. Zuständigkeit für insolvenznahe Verfahren .....	1224
1. Rechtslage .....	1224
2. Abgrenzung der insolvenznahen Verfahren .....	1225
a) Insolvenznähe .....	1225
b) Beispiele für insolvenznahe Klagen .....	1226
c) Beispiele für nicht insolvenznahe Verfahren .....	1228
3. Zuständigkeitsregelung .....	1230
4. Zuständigkeit für zusammenhängende Klagen .....	1231
VII. Anwendbares Recht .....	1232
A. Allgemeines .....	1232
B. Anknüpfung an das Recht des Eröffnungsstaats .....	1233
1. Anwendungsbereich .....	1233
2. Ausdrücklich zugewiesene Materien .....	1234
C. Sonderanknüpfungen .....	1237
1. Dingliche Rechte Dritter .....	1237
2. Aufrechnung .....	1239
3. Eigentumsvorbehalt .....	1240
4. Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand .....	1241
5. Zahlungssysteme und Finanzmärkte .....	1242
6. Arbeitsvertrag .....	1242
7. Wirkung auf eintragungspflichtige Rechte .....	1244
8. Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung und Gemeinschaftsmarken ..	1245
9. Benachteiligende Handlungen .....	1245
10. Schutz des Dritterwerbers .....	1247
11. Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf anhängige Rechtsstreitigkeiten und Schiedsverfahren .....	1247
VIII. Abwicklung der (Haupt-)Insolvenzverfahren im Allgemeinen .....	1249
A. Regelungsinhalte .....	1249
B. Anerkennung der Verfahrenseröffnung .....	1249
1. Automatische Anerkennung .....	1249
2. Begriff der Verfahrenseröffnung .....	1251
3. Keine Verletzung des ordre public .....	1252
4. Wirkungen der Verfahrenseröffnung .....	1252
a) Wirkungserstreckung .....	1252
b) Herausgabepflicht und Anrechnung .....	1253
c) Leistungen an den Schuldner .....	1253
C. Bekanntmachungen .....	1254
1. Insolvenzregister im Eröffnungsstaat .....	1254
a) Einrichtung und Zugang .....	1254
b) Pflichtinformationen .....	1255
c) Anpassung im inländischen Insolvenzrecht .....	1256
2. Öffentliche Bekanntmachung in einem anderen Mitgliedstaat .....	1256
D. Befugnisse der Verwalter .....	1257
1. Allgemeines .....	1257
2. Hauptinsolvenzverwalter .....	1257
3. Sekundärinsolvenzverwalter .....	1258
4. Einschränkung der Verwalterbefugnisse .....	1259
E. Unterrichtung der Gläubiger und Forderungsanmeldung .....	1259
1. Unterrichtung ausländischer Gläubiger .....	1259
2. Forderungsanmeldung .....	1261
F. Anerkennung und Vollstreckung .....	1263

G. Öffentliche Ordnung .....	1264
H. Sicherungsmaßnahmen .....	1265
IX. Sekundärinsolvenzverfahren .....	1267
A. Allgemeines .....	1267
B. Eröffnung .....	1268
1. Voraussetzungen .....	1268
2. Verständigungspflicht .....	1270
3. Aussetzen/Unterbleiben der Eröffnung .....	1271
4. Andere Verfahrensart .....	1271
5. Anfechtung durch den Hauptverwalter .....	1272
C. Zusicherung zwecks Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens .....	1272
1. Rechtspolitischer Hintergrund und Überblick .....	1272
2. Zweck der Zusicherung .....	1274
3. Zeitpunkt der Zusicherung .....	1275
4. Legitimation (nur) des Hauptverwalters .....	1275
5. Inhalt der Zusicherung .....	1275
a) Regelungsdefizite .....	1275
b) Mindestinhalt der Zusicherung .....	1276
c) Zusicherung für den Verwertungsfall .....	1277
d) Zusicherung für den Sanierungsfall ohne Verwertung .....	1278
e) Zugrundeliegende Annahmen .....	1279
6. Vornahme der Zusicherung .....	1281
a) Vorbereitung .....	1281
b) Zustimmung im Hauptinsolvenzverfahren .....	1281
7. Billigung der Zusicherung .....	1282
a) Vorgaben der EuInsVO 2015 .....	1282
b) Antrag auf Abstimmung im Niederlassungsstaat .....	1282
c) Vorbereitung der Abstimmung .....	1283
d) Abstimmung .....	1284
e) Bestätigung .....	1284
f) Unterrichtung der lokalen Gläubiger .....	1284
g) Kosten .....	1285
8. Wirkung und (Nicht-)Erfüllung der Zusicherung .....	1285
9. Rechtsbehelfe und Sicherungsmaßnahmen .....	1287
10. Zusicherung und Eröffnungsverfahren .....	1287
D. Abwicklung des Sekundärinsolvenzverfahrens .....	1289
1. Zusammenarbeit und Kommunikation .....	1289
a) Allgemeines .....	1289
b) Zusammenarbeit und Kommunikation von Verwaltern .....	1289
c) Zusammenarbeit und Kommunikation von Gerichten .....	1294
d) Zusammenarbeit und Kommunikation von Verwaltern und Gerichten ...	1296
e) Kosten .....	1297
2. Verwertung .....	1297
3. Vorschlag eines Sanierungsplans .....	1301
4. Umwandlung des Sekundärverfahrens .....	1302
5. Sonstiges .....	1303
X. Partikularinsolvenzverfahren .....	1304
A. Eröffnungsvoraussetzungen .....	1304
B. Umwandlung in ein Sekundärinsolvenzverfahren .....	1305
XI. Insolvenzverfahren der Mitglieder einer Unternehmensgruppe .....	1306
A. Grundlagen .....	1306
B. Zusammenarbeit und Kommunikation .....	1308
1. Allgemeines .....	1308

2. Zusammenarbeit und Kommunikation von Verwaltern und Gerichten . . . . .	1309
a) Zusammenarbeit und Kommunikation der Verwalter . . . . .	1309
b) Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte . . . . .	1312
c) Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Verwaltern und Gerichten	1313
3. Mitwirkungsrechte der Verwalter . . . . .	1314
C. Gruppen-Koordinationsverfahren . . . . .	1315
1. Allgemeines . . . . .	1315
2. Zuständigkeit . . . . .	1317
3. Eröffnungsverfahren . . . . .	1318
a) Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens . . . . .	1318
b) Sperrwirkung der Antragstellung . . . . .	1320
c) Antragsprüfung . . . . .	1320
d) Einbeziehung der Gruppenverwalter . . . . .	1321
e) Einwände von Verwaltern . . . . .	1322
f) Entscheidung zur Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens . . .	1324
g) Nachträgliches Opt-in durch Verwalter . . . . .	1325
4. Durchführung des Gruppen-Koordinationsverfahrens . . . . .	1327
a) Der Koordinator . . . . .	1327
b) Aufgaben und Rechte des Koordinators im Allgemeinen . . . . .	1329
c) Empfehlungen des Koordinators . . . . .	1330
d) Gruppen-Koordinationsplan . . . . .	1331
e) Rechte des Koordinators . . . . .	1333
f) Wirkungen von Empfehlungen und Gruppen-Koordinationsplan . . . . .	1336
g) Kosten und Kostenaufteilung . . . . .	1337
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>1341</b>